

Osttangente endgültig vom Tisch – Umgehungsstraße aber nicht

Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt denkt an mittelfristige Lösung

Obernkirchen (sig). Eine Ortsumgehung für die Bergstadt? Zumindest in der nahen Zukunft wird sie ein Wunschtraum bleiben. Und selbst an eine mittelfristige Lösung dieses Problems glaubt so recht niemand. Die vorsorglich angedachte Osttangente ist ohnehin gestorben. Jetzt soll sie auch aus dem Flächennutzungsplan und damit aus der regionalen Raumordnung verschwinden.

Eigentlich vollzieht die Stadt mit einer solchen Entscheidung, mit der sich der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt (ASU) am Montag im Gerätehaus der Feuerwehr befasste, nur einen logischen Schritt. Die vorgesehene Trasse ist ohnehin nicht mehr zu realisieren.

Bürgermeister Horst Sassenberg: „In diesem Bereich gibt es inzwischen Wohnbebauung, wirtschaftliche Nutzung durch die Firma Heye und dazu den erweiterten Golfplatz. Ich finde es positiv, dass hier kein zusätzliches Straßenband die Landschaft durchschneidet. Das Herausnehmen der Osttangente ist sinnvoll, schafft Plansicherheit und Ruhe bei den Anliegern.“

Dr. Konrad Bögel (Gruppe Mitte) gab zu bedenken: „Erst sollten wir die Osttangente im Flächennutzungsplan belassen, dann wieder nicht. Ich hoffe nicht, dass es dadurch später heißt: Ihr habt damit den Bedarf einer Umgehungsstraße zu den Akten gelegt.“

Der Fraktionschef der SPD, Wilhelm Mevert, sieht das anders: „Weil wir die ausgewiesene Trasse nicht mehr realisieren können, bedeutet das zugleich nicht einen grundsätzlichen Verzicht auf eine Ortsumgehung.“

Mittelfristig sei sie ohnehin erforderlich. Von diesem Ziel solle man nicht abweichen. Ihm missfällt, dass nicht über eine andere Trasse nachgedacht werde, die in den regionalen Raumordnungsplan aufgenommen werden könne.

Diese Anregung griff Dr. Konrad Bögel auf. Er schlug vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit diesem Thema befassen soll. Die ursprünglich geplante Trasse sei nicht zu finanzieren gewesen. Aber das könne kein Argument sein, wenn man vorausschaue - etwa auf einen Zeitraum von 30 Jahren. Schon deshalb sei es notwendig, sich Gedanken über eine andere Lösung zu machen.

Beate Krantz (Gruppe Mitte): „Wir haben bei diesem Vorhaben schon 30 Jahre lang nichts erreicht in vielen Diskussionen und auch in Gesprächen mit dem Kreis und dem Land. Und es gab auch schon mehrere Vorschläge, die nicht zu realisieren waren angesichts der Finanzlage beim Land und bei den Kommunen.“

Ulrich Kuhlmann, Leiter des Fachbereiches „Entwicklung“ bei der Stadtverwaltung, verwies darauf, dass die Diskussionen um die Ortsumgehung eigentlich schon ein vorläufiges Ende gefunden hätten. Sollte die Verkehrsentwicklung aber eine solche Planung doch wieder erforderlich machen, könne man die erforderlichen Schritte jederzeit einleiten.

Bürgermeister Horst Sassenberg machte deutlich, dass es keine politische Mehrheit gebe für die kurzfristige Konzeption einer neuen Trasse. Die anstehende Korrektur des Flächennutzungsplanes sei aus rechtlichen Gründen notwendig. Wenn das im Zusammenhang mit einer ohnehin erforderlichen Änderung geschehe, könne man dadurch zugleich auch zusätzlichen Verfahrensaufwand sparen.

Der Ausschuss vertrat nach dieser Diskussion einstimmig die Meinung, dass die Aufgabe der Osttangente nicht zugleich den grundsätzlichen Verzicht auf eine Ortsumgehung bedeuten dürfe. Das in schriftlicher Form deutlich zu machen, ist jetzt Aufgabe des Stadtdirektors Wilhelm Mevert. Er soll dem Verwaltungsausschuss in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.